

Ressort: Politik

BSH befürchtet stärkeren Anstieg des Meeresspiegels

Hamburg, 10.05.2017, 20:34 Uhr

GDN - Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) befürchtet, dass der Meeresspiegel in den kommenden Jahrzehnten deutlich stärker ansteigen könnte als bislang gedacht. Das geht laut NDR aus einem internen Schreiben hervor, das die Behörde im März an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gesandt hat, dem es untersteht.

In dem Papier warnt das BSH dem Bericht zufolge davor, dass die bisherigen Anstiegsszenarien des UN-Klimarates zu optimistisch sein könnten. Das Schreiben trägt den Titel "Aktualisierung von Informationen zum Meeresspiegelanstieg" und gibt den Stand aktueller Klimastudien wieder. Das BSH warnt das Ministerium davor, dass "ein höherer Anstieg des Meeresspiegels deutlich über einen Meter hinaus bis hin zu 1,70 Metern bis zum Ende des Jahrhunderts mittlerweile nicht mehr ausgeschlossen zu sein scheint". Dies könne dazu führen, dass "bereits getroffene Anpassungsmaßnahmen modifiziert oder neue sogar in Angriff genommen werden" müssten. Sollten die arktischen und antarktischen Eisschilde kollabieren, sei auch ein noch höherer Meeresspiegelanstieg denkbar, befürchtet das BSH. Bislang planen Bund und Länder mit den Anstiegsszenarien des UN-Klimareports. Der jüngste Report stammt aus dem Jahr 2013 und nennt als pessimistischstes Szenario einen Meeresspiegelanstieg von 52 bis 98 Zentimetern bis zum Jahr 2100. Bei dieser Einschätzung handelt es sich um das so genannte RCP 8.5 Szenario, das den Meeresspiegelanstieg unter der Annahme berechnet, dass sich der globale CO₂-Ausstoß unverändert fortentwickelt ("Weiter-wie-bisher-Szenario"). Dieses Maximalszenario dient in Deutschland unter anderem als Orientierungspunkt beim Bau von Küstendeichen und für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung im Küstenraum. Das BSH geht davon aus, dass "die heutigen Maßnahmen zur Sicherung der Küsten, Küstenbauwerke und Küstenbesiedlungen zumindest bis zum Jahr 2050 einen ausreichenden Schutz vor Überflutung bieten werden". Gleichwohl nehme die Verletzlichkeit der flachen Küstenregionen mit steigendem Meeresspiegel zu. Dies betreffe "eine mögliche dauerhafte Vernässung sowie erhöhte dauerhafte Überflutungsgefahr" von Landflächen unter Meeresspiegelniveau durch Probleme beim Süßwasserabfluss ins Meer. Auch "die schiffahrtliche Nutzung von staugeregelten und nichtstaugeregelten Küstenwasserstraßen" sowie die Planung der "Besiedlung und die zukünftige, wirtschaftliche und verkehrliche Nutzung von gefährdeten Räumen" seien Problemfelder. Die Frage, wie hoch der Meeresspiegel in den kommenden Jahrzehnten ansteigen wird, ist wissenschaftlich nicht abschließend geklärt. Bislang konnten Klimaforscher nur schlecht abschätzen, wie stark die schmelzenden Eisschilde in Grönland und der Antarktis zum Meeresspiegelanstieg beitragen. Dies gelinge in neuen Forschungsarbeiten besser, so das BSH. Die Behörde rät dem BMVI dazu, zunächst abzuwarten, ob ein für Herbst 2019 erwarteter UN-Sonderbericht die Annahmen der aktuellen Forschung bestätigt. Gleichwohl sei es wichtig, bereits jetzt darüber nachzudenken, was ein möglicherweise verändertes Anstiegsszenario für geplante Infrastrukturprojekte im Küstenraum bedeuten könnte. Auch solle neben der Klimaforschung die gesellschaftswissenschaftliche Forschung zum Meeresspiegelanstieg gestärkt werden, beispielsweise in den Bereichen Risikomanagement und Raumplanung. Das BMVI wollte sich zu dem Schreiben nicht äußern, auch das BSH lehnte einen Kommentar ab, schreibt der NDR. Aus dem BMVI hieß es allerdings, dass man eine grundlegende Neubewertung des Meeresspiegelanstiegs erst auf Grundlage des UN-Sonderberichts vornehmen werde.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-89193/bsh-befuerchtet-staerkeren-anstieg-des-meeresspiegels.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com